

Chronologie: UN-Klimaverhandlungen

1992: UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro

Nach jahrelangen wissenschaftlichen und politischen Diskussionen fand im Juni 1992 die erste UN-Konferenz zum Thema "Umwelt und Entwicklung" (UNCED) in Rio de Janeiro statt. Hier wurde die Klimarahmenkonvention verabschiedet, die die völkerrechtlich verbindliche Vertragsgrundlage für den internationalen Klimaschutz bildet.

Das Abkommen wurde in Rio von 158 Staaten unterzeichnet und trat 1994 in Kraft. Ziel des Abkommen ist bis zum Jahr 2002 eine Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen auf das Niveau von 1990 zu erreichen.

1995: 1. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Berlin (COP I)

Im März 1995 traf sich die internationale Staatengemeinschaft in Berlin zur ersten Vertragsstaatenkonferenz. Konsensfähig war lediglich, dass die Verpflichtungen der Klimarahmenkonvention nicht ausreichen. Außerdem wurde das "Berliner Mandat" verabschiedet, das bis zur dritten Konferenz in Kyoto 1997 verbindliche Reduktionsziele und -fristen aushandeln sollte.

1996: 2. Vertragsstaatenkonferenz in Genf (COP II)

Im Juli 1996 fand die zweite Vertragsstaatenkonferenz in Genf statt, auf der jedoch keine nennenswerten Fortschritte erzielt werden konnten. Die Blockade der OPEC-Staaten, Russland und Australien verhinderten eine verbindliche Vereinbarung.

1997: 3.: Vertragsstaatenkonferenz in Kyoto (COP III)

Im Dezember 1997 fand die dritte Vertragsstaatenkonferenz in Kyoto (Japan) statt. Nach den Vorschlägen des Berliner Mandats wurde hier das Kyoto-Protokoll verabschiedet.

Es verpflichtet die Industriestaaten zur Reduktion der Treibhausgase (Kohlendioxid, Methan, und Lachgas, wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe, perfluorierte Fluorkohlenwasserstoffe und Schwefelhexafluorid) um 5,2 Prozent im Zeitraum 2008-2012. Als Basis der Reduktionsverpflichtung diente eine geschätzte Temperaturerhöhung der Erde zwischen ein und 3,5 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 auf Grundlage der Klimadaten von 1990. Die Reduktionsziele der wichtigsten Ländergruppen sind: EU acht, USA sieben sowie Japan und Kanada je 6 Prozent. Innerhalb der EU-Staaten variieren die Reduktionsziele stark. So muss Deutschland seinen Treibhausgasausstoß um 21 Prozent reduzieren und industriell schwächere Länder wie Portugal oder Irland dürfen ihn erhöhen. Das Kyoto-Protokoll ermöglicht einerseits die Anrechnung von Senken (Wäldern) sowie die Nutzung so genannter flexibler Mechanismen, wie etwa den Emissionshandel (ET). Mittels CDM ("Clean Development Mechanismus") und JI ("Joint Implementation") lassen sich durch Projekte im Ausland Reduktionsverpflichtungen im eigenen Land verringern. De facto werden damit kaum Emissionen verringert. Im schlimmsten Fall könnte ein Industrieland seine Emissionen sogar noch erhöhen.

1998: 4. Vertragsstaatenkonferenz in Buenos Aires (COP IV)

Auf der vierten Vertragsstaatenkonferenz im November 1998 wurde über die Umsetzung des

Kyoto-Protokolls verhandelt. Hier wurde ein Arbeitsplan verabschiedet, der die nachfolgenden Etappen für die Ausgestaltung der Klimaschutzmaßnahmen fest vorgibt. Die Schlupflöcher (z.B. Anrechnung von Senken) im Kyoto-Protokoll konnten nicht "gestopft" werden.

1999: 5. Vertragsstaatenkonferenz in Bonn (COP V)

Auf der fünften Vertragsstaatenkonferenz wurde über die Formulierungen der Vertragstexte verhandelt. Besonders strittig war auch diesmal die konkrete Gestaltung der flexiblen Mechanismen (ET, JI, CDM).

2000: 6. Vertragsstaatenkonferenz in Den Haag (COP VI)

Im Vorfeld dieser Konferenz hatte die deutsche Bundesregierung ein Programm vorgestellt, mit dem das deutsche Klimaschutzziel einer 25 prozentigen Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2005 erreicht werden soll.

Ein Streitpunkt war die Verabschiedung von Maßnahmen, die als Positivum in den CDM-Mechanismus aufgenommen werden sollten – also Maßnahmen, bei denen Industrieländer die Entwicklungsländer bei der Einführung emissionsarmer Umwelttechnologien unterstützen. Auch die Anrechnung von Aufforstungsprojekten als Senken für Kohlendioxid war strittig. Während einige Länder den CDM-Mechanismus auf erneuerbare Energien oder Energieeffizienz-Maßnahmen beschränken wollten (Positivliste), wollten andere Industrieländer (z. B. die USA und Frankreich) den Bau von Atomkraftwerken als CDM-Maßnahme genehmigen lassen. Auch der Neubau von modernen Kohlekraftwerken in Entwicklungsländern sollte nach dem Willen einiger Länder als CDM-Maßnahme erlaubt sein und auf das Klimakonto des finanzierenden Industrielandes

gutgeschrieben werden.

Die Konferenz scheiterte an der massiven Blockadehaltung einzelner Länder – vor allem der USA, die sich Wälder als Schadstoffsenken anrechnen lassen wollten, um sich ihren realen Reduktionsverpflichtungen zu entziehen.

2001: Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn (COP VI)

Anfang 2001 veröffentlichte der „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) die neuesten Ergebnisse der internationalen Klimaforschung. Die Wissenschaftler korrigierten die Schätzungen des zu erwartenden Temperaturanstieges von 1995 deutlich nach oben. Je nach Szenario sagen sie eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 zwischen 1,4°C („best casescenario“) bis 5,8 („worst case scenario“) Grad Celsius voraus. Zeitgleich verkündete der neue Präsident der USA, George W. Bush, dass das Kyoto-Protokoll Nonsens sei. Die USA, als weltweit größter CO₂-Emittent, trat von der einst geleisteten Absichtserklärung der Ratifizierung zurück.

Entgegen aller Erwartungen kam man – auch ohne die USA – der Ratifizierung des mittlerweile stark verwässerten Kyoto-Protokolls jedoch einen großen Schritt näher. Die teilnehmenden Industriestaaten verpflichteten sich verbindlich zur Reduktion der Treibhausgase. Das Abkommen tritt in Kraft, wenn es mindestens 55 Staaten ratifiziert haben, die im Jahr 1990 zusammen mindestens 55% der Treibhausgase emittierten.

Außerdem wurde beschlossen, dass ein UN-Kontrollgremium die Einhaltung der Reduktionsziele überwacht und konkrete Strafen aussprechen kann. Als Anreiz für die Volkswirtschaften der Unterzeichnerländer wurde einem unbegrenzten Handel mit Emissionszertifikaten zwischen Industrieländern („Emission Trading“) zugestimmt. So wurde etwa Russland auf der

Basis des Jahres 1990 Emissionsmengen zugestanden, die nach dem Zusammenbruch der russischen Industrie nicht mehr erreicht werden. Russland kann die überschüssigen Emissionsrechte an andere Länder verkaufen. Außerdem können sich die Industrieländer „Reduktionsgutschriften“ geben lassen, wenn sie z. B. technisch effiziente Kraftwerke in anderen Industrieländern bauen und betreiben (Joint Implementation). Zudem lassen sich ein Großteil der Wirtschaftswälder und bestimmte landwirtschaftliche Methoden anrechnen. In bestimmtem Umfang ist es den Industrieländern erlaubt, Gutschriften etwa über die Unterstützung von Aufforstungskampagnen in Entwicklungsländern zu erhalten (Clean Development Mechanism). Die Anrechnung des Baus von Atomkraftwerken als vermeintliche „Klimaretter“ wurde ausgeschlossen. Speziell für Entwicklungsländer wurden Fonds zur finanziellen Unterstützung als Anpassung auf Klimafolgeschäden (zum Beispiel Bau von Deichen zum Schutz vor steigendem Meeresspiegel) eingerichtet.

2001: 7. Vertragsstaatenkonferenz in Marrakesch (COP VII)

Auf der siebten Tagung wurde versucht, ein konkretes und umfassendes Regelwerk zu erarbeiten. Damit wurde der politische Kompromiss in eine formelle Entscheidung umgesetzt und die Architektur des Protokolls geschaffen.

2002: 8. Vertragsstaatenkonferenz in Neu Delhi (COP VIII)

Nach dem Gipfeltreffen für nachhaltige Entwicklung im August 2002 in Johannesburg blieben auch die Ergebnisse der Klimakonferenz in Delhi (Oktober 2002) weit hinter den erhofften Zielen zurück. Jetzt sollte geklärt werden, wie das Kyoto-Protokoll umgesetzt werden kann.

Kanada ratifizierte das Kyoto-Protokoll. Eine Allianz zwischen Amerika und Saudi Arabien,

blockierte den Verlauf der Klimaverhandlungen. Vor dem Hintergrund einer gerechten Wichtung des Ausstoßes von Treibhausgasen zwischen Nord und Süd, wurde in Delhi erstmals die Frage nach einer „globalen Klimagerechtigkeit“ gestellt. Den Entwicklungsländern sollte dadurch ein klimageschont, technischer und wirtschaftlicher Fortschritt ermöglicht werden.

2003: 9. Vertragsstaatenkonferenz in Mailand (COP IX)

Hauptthema in Mailand blieb die Regelung der Durchführung und Anrechnung von Kohlenstoff bindenden Senkenprojekten innerhalb der flexiblen Mechanismen. In Italien wurde entschieden, wie Projekte zur Aufforstung und Wiederaufforstung von Flächen im Rahmen des CDM durchgeführt werden dürfen. Damit ist die formale Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls zur Vorbereitung seines Inkrafttretens abgeschlossen.

2004: 10. Vertragsstaatenkonferenz in Buenos Aires (COP X)

90 Tage nach der Unterschrift Putins am 5. November 2004 tritt das Kyoto-Protokoll verbindlich in Kraft. In Montreal werden nun erstmals die Unterzeichner der Klimarahmenkonvention (COP) und die Unterzeichner des Kyoto-Protokolls (MOP) tagen.

2005: 11. Vertragsstaatenkonferenz (COP XI) und 1. Treffen der Unterzeichnerstaaten des Kyoto Protokolls (MOP I) in Montreal

Die Klimakonferenz in Montréal war die erste Konferenz nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls im Februar 2005. Einerseits treffen sich die Unterzeichnerländer der Klimarahmenkonvention, zu denen auch die USA gehören. Andererseits treffen sich die Unterzeichnerstaaten von Kyoto, um über die Zukunft des Klimaschutzes nach 2012 zu beraten. Auf dem Pro-

gramm der Konferenz standen unter anderem die Annahme der Marrakesch Accords – ein Regelwerk, das Verbesserungen für flexible Mechanismen und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, sowie Diskussionen über die Möglichkeit der Anerkennung des Erhaltes von Urwäldern als Klimaschutzmaßnahmen vorsieht.

Eine Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen, die nach 2012 über weitere Klimaschutzmaßnahmen diskutiert.

2006: 12. Vertragsstaatenkonferenz (COP XII), und 2. Treffen der Unterzeichnerstaaten des Kyoto Protokolls (MOP II) in Nairobi

In Nairobi wurden alle weiteren Verhandlungen auf künftige Konferenzen vertagt.

2007 müssen die Industrieländer nun die Ziele vorbereiten, mit denen sie in die nächste Konferenz starten wollen. Ob und wie das Kyoto-Protokoll verbessert wird, soll in 2008 entschieden werden. Bislang offen ist, wie der Erhalt von Wäldern behandelt werden kann. Noch 2007 soll es einen entsprechenden Workshop geben. Erstmals wurde auch über die Einbindung der CO₂-Speicherung in den CDM diskutiert. Eine Entscheidung wurde jedoch auf 2008 vertagt. Die Verbesserung der Situation von Entwicklungsländern in Bezug auf die Anpassung an Klimafolgeschäden wurde von allen Parteien als dringend notwendig erachtet. Alle Parteien sind sich darüber einig, dass die globalen Emissionen halbiert werden müssen.

2007 Zwischen-Konferenzen

Auf verschiedenen Treffen in 2007 wurde über Möglichkeiten zur Reduktion der Treibhausgasreduktionen diskutiert. Das letzte Treffen fand im August in Wien statt. Nach heftigem Ringen wurde einer Richtlinie zwischen 25 bis 40 Prozent bis 2020 zugestimmt, die auf den Szenari-

en des vierten IPCC -Klimasachstandsberichts basiert.

Ausblick auf die Bali-Konferenz in Bali im Dezember 2007

Auf der Klimakonferenz muss das Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Anschlussprotokoll von Kyoto erteilt werden. Das „Bali-Mandat“ muss eine Reihe von Punkten beinhalten:

- Die Industriestaaten, müssen sich zu einer Reduktion der Treibhausgase um 30% bis 2020 verpflichten
- Das Kyoto-Protokoll muss von mehr Staaten ratifiziert werden. Mexiko, Südkorea, Singapur, Saudi-Arabien und andere müssen bindende Ziele für die nächsten Jahre übernehmen
- Industriestaaten müssen den sich rasch entwickelnden Staaten wie China, Brasilien, Indien und Südafrika Anreize dafür geben, sich durch eine Selbst-Verpflichtung zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen in den Kyoto-Emissionshandel zu integrieren.
- Zusätzlich zur Reduktion der industriellen Emissionen muss ein Mechanismus für die Emissionsreduzierung aus Waldzerstörung („Deforestation Reduction Mechanism“) geschaffen werden, um Entwaldung innerhalb der kommenden 15 Jahre drastisch zu reduzieren.
- Um den Entwicklungsländern den Wechsel zu sauberen, effizienten und regenerativen Technologien zu ermöglichen, müssen die Industriestaaten ein Fund einrichten und finanzieren

Die Verhandlungen müssen spätestens 2009 abgeschlossen sein, denn nur dann lässt sich eine lückenloser Anschluss an das Kyoto-Protokoll garantieren. Das Klima trägt keine weiteren Verzögerungen!